

# ANTRAG

			<b>Vorlage-Nr.: A 18/0531</b>
<b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>			<b>Datum: 12.11.2018</b>
<b>Bearb.:</b>	<b>Fraktion-BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	<b>Tel.:</b>	<b>öffentlich</b>
<b>Az.:</b>			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
<b>Umweltausschuss</b>	<b>21.11.2018</b>	<b>Entscheidung</b>

## **Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zum Verbot von Einweg-Plastikgeschirr und Plastiktrinkhalmen**

### **Beschlussvorschlag**

Die Verwaltung wird beauftragt bei allen Veranstaltungen auf städtischen Flächen zukünftig (Terminvorschlag ab 1. Januar 2019) nur noch Genehmigungen zu erteilen, wenn sich Veranstalter verpflichten, Einweg-Plastikgeschirr durch Mehrweggeschirr und -besteck gegen Pfand zu ersetzen sowie auf Plastiktrinkhalme und Coffee-to-go Becher zu verzichten. Servierpappen {z.B. für Würstchen} werden in diesem Antrag nicht thematisiert.

Dies bezieht sich auf:

Städtische Veranstaltungen, Veranstaltungen der Stadtpark Norderstedt GmbH, traditionelle Festveranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen, der Feuerwehr und von Interessengemeinschaften (z. B. Schmuggelstieg, Ulzburger Straße).

Die Stadt muss bei ihren eigenen Veranstaltungen und Sitzungen im Rathaus ebenfalls Vorbild sein und u.a. Trinkhalme aus Plastik ab 2019 nicht mehr zur Verfügung stellen. Die ARRIBA-Bäder sowie die städtischen Gesellschaften werden entsprechend mit in die Pflicht genommen. Dies gilt auch, wenn die Stadt Cateringbetriebe unter Vertrag nimmt.

Die Bewirtschaftungsstände auf Wochenmärkten der Stadt sollten dabei durch Aufklärung mit ins Boot geholt werden.

### **Begründung**

Die EU hat gerade eine Gesetzesinitiative zusammen mit den EU-Staaten auf den Weg gebracht und spricht sich deshalb u.a. für ein Verbot von Einwegplastik und Trinkhalmen aus Plastik aus. Die EU-Staaten wollen sich bis Jahresende einigen. Die Mitgliedsstaaten haben dann zumeist zwei Jahre Zeit, die EU Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Das globale Müllaufkommen durch Plastik hat sich inzwischen zu einer riesigen Umweltproblematik ausgeweitet, die Lebensressourcen unwiederbringlich zerstört und daher umgehend konzertierte Maßnahmen global erforderlich gemacht. Doch auch jede Eigeninitiative von Kommunen und Bundesländern sind von Bedeutung. Dies ist nur der Einstieg, Eindämmung von Plastik im alltäglichen Leben durchzusetzen. Es geht ja gar nicht mehr darum ob sondern wie und möglichst zeitnah.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------

Als nachhaltiges Norderstedt und zertifiziert als Zukunftsstadt sind wir aufgefordert, die europäische Gesetzesinitiative auf Verbot von Plastikeinweggeschirr und Verbot von Plastikhalmen zu unterstützen und fraktionsübergreifend eine gemeinsame Zielsetzung auf den Weg zu bringen, indem Politik und Verwaltung ein deutliches Signal setzen, um mit der Initiative unsere Stadt zum Aushängeschild „Besser leben ohne Plastik“ im Norden zu machen. Bei Vermeidung von Plastiktüten sind erste kleine Erfolge zu verzeichnen, im Hinblick auf Coffee-to-go-Becher ist unser Antrag im Umweltausschuss vor einem Jahr total steckengeblieben. Die Stadt wollte versuchen, ein Mehrwegsystem in der Stadt einzubringen und die Bäckereien und Anbieterketten im Einzelhandel zu motivieren, die Maßnahme gemeinsam konstruktiv anzugehen.

Wir empfehlen, dass sich die/der neue Norderstedter Ehrenamtsbeauftragte/r in dieser Sache der Betreuung der Vereine annimmt. Vielleicht sogar durch die Anschaffung von Hartplastikbechern, Tellern usw. in hoher Stückzahl (ca. 1000 Einheiten), die ehrenamtlichen Vereinen ausgeliehen werden könnten.

Wir verweisen nochmals auf unsere umfangreichen Informationen zu unserem Antrag vom 19.09.18.

Daneben empfehlen wir ihnen noch die neuesten Links der Deutschen Umwelthilfe:

1. Deutsche Umwelthilfe befürwortet EU-Verbot von Plastikgeschirr und fordert verbindliche Einführung von Mehrwegalternativen

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deuts...verbot-von-plastikgeschirr-und-fordert-verbindliche-einfuehrung-v/>

2. Studie der Deutschen Umwelthilfe: Bioplastik bereitet Kompostwerken große Probleme:

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/studie-der-deutschen-umwelthilfe-bioplastik-bereitet-kompostwerken-grosse-probleme/>

## **Anlagen:**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke